

DIALOGFOREN

Bericht

2025-11



Zentrale Herausforderungen für
Gesellschaft, Politik und Wirtschaft

CHINA IN NRW UND DIE ZUKUNFT NACHHALTIGER LIEFERKETTEN

VON SABINE FERENSCHILD, PABLO CAMPOS



ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	3
EINLEITUNG	4
1. WIE WEITER NACH DER CHINA-STRATEGIE?	5
2. ‚ENTWICKLUNGSLAND‘ FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN	11
3. VON ÜBERNAHMEN UND PARTIZIPATION	16
4. SUBNATIONALE DIPLOMATIE STATT WELTPOLITISCHEM MISSTRAUEN?	18
AUSBLICK	22
SÜDWIND-PUBLIKATIONEN ZU „CHINA IN NRW“	23
IMPRESSUM	23

Fotos: SÜDWIND: Grafik: Wikimedia Commons

BAFA	Bundesamt für Ausfuhrkontrolle
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRI	Belt and Road Initiative/Neue Seidenstraße
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
BYD	Build Your Dreams
CLB	China Labour Bulletin
CSDDD	Corporate Social Due Diligence Directive
CYCAN	China Youth Climate Action Network
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
KiWi	Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
NGO	Non Government Organisation/ Nicht-Regierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
SGCC	State Grid Corporation of China
VW	Volkswagen



Wir verbinden seit über 30 Jahren Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik.

 AUTOR*INNEN



SABINE FERENSCHILD
arbeitet seit 2011 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei SÜDWIND. Ihre Schwerpunkte sind Arbeitsbedingungen in der textilen Wertschöpfungskette mit Fokus auf asiatische Produktionsländer.



PABLO CAMPOS
arbeitet seit 2020 als
wissenschaftlicher Mitarbeiter
und Promotor für Wirtschaft und
Menschenrechte bei SÜDWIND.
Schwerpunkte sind die Bananen-
Lieferkette, Shrinking Spaces und China.

EINLEITUNG

Zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in China hat SÜDWIND 2024/25 mehrere Veranstaltungen durchgeführt. Damit haben wir innerhalb unseres langjährigen Engagements für die gesetzliche Regulierung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten einen Fokus auf ein Land gelegt, das ebenso wichtig wie auch schwierig für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten ist.

- Wichtig, weil China für viele Wertschöpfungsketten zentrale Rohstoffe liefert, Produkte und Vorprodukte herstellt und auch in Forschung und Entwicklung ein zentraler Akteur geworden ist. Nicht nur chinesische Unternehmen, sondern auch Universitäten und Forschungseinrichtungen sind deshalb zu beliebten Partnerorganisationen geworden.
- Schwierig, weil der wissenschaftliche und wirtschaftliche Aufstieg Chinas gesteuert bleibt von Partei und Staatsführung. Mit der wachsenden Macht Xi Jinpings in Partei und Staatsführung wurden Spielräume für freie Meinungsäußerung, zivilgesellschaftliche Organisationen und kollektive Aktionen immer enger. Immer mehr Gesetze wie das NGO-Gesetz oder das Anti-Spionage-Gesetz behindern internationale zivilgesellschaftliche Kooperation und damit wichtige Akteure, die unverzichtbar für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen sind. Hinzu kommen erhebliche menschenrechtliche Risiken in China wie die Verhinderung von Gewerkschaftsfreiheit oder staatlich angeordnete Zwangsarbeit. Dieser ist vor allem die ethnische Minderheit der Uigur*innen unterworfen, verbunden mit massiver Unterdrückung. Das Risiko der Zwangsarbeit, das haben Recherchen der letzten Jahre gezeigt, betrifft viele Regionen in China, weil Uigur*innen über staatliche Programme wie Armutsbekämpfungsprogramme oder Arbeits-transferprogramme in Fabriken in ganz China transferiert werden.

Wir haben in einem ersten großen Dialogforum im September 2024 in Bonn einen allgemeinen Blick auf China sowie aktuelle Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geworfen.

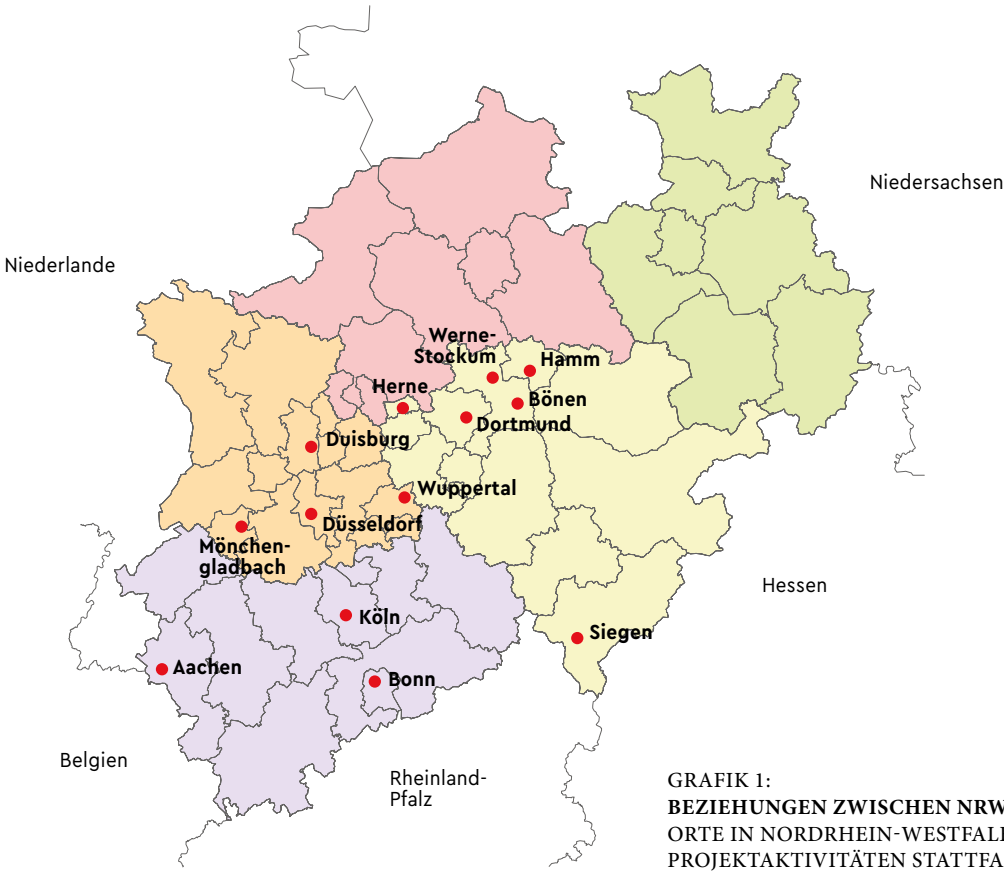
Darüber hinaus war es uns aber auch wichtig, China in seiner Rolle für den Globalen Süden zu betrachten. Als Mitglied der BRICS-Staaten ist China ein zentraler Akteur dieser nicht-westlichen Allianz, die von sich reklamiert, für den Globalen Süden zu sprechen. Wie dies aus der Perspektive der Partnerschaften aussieht, die in Nordrhein-Westfalen mit Brasilien, Ghana und Südafrika bestehen, haben wir in einer Diskussionsrunde im Frühjahr 2025 in Düsseldorf erörtert. Auch die Perspektive von Betriebsräten, deren Betriebe von chinesischen Investoren übernommen wurden sowie die von Partnerschaften deutscher Kommunen mit chinesischen Kommunen spielten in je einer Veranstaltung in Wächtersbach (Mai 2025) und Dortmund (Juni 2025) eine Rolle.

Die Diskussionen und Ergebnisse dieser Veranstaltungen möchten wir mit der vorliegenden Dokumentation allen, die an einzelnen Veranstaltungen teilgenommen haben, sowie allen Interessierten zur Verfügung stellen. Dabei folgt die Struktur der Dokumentation einer thematischen Schwerpunktsetzung, illustriert mit Fotos und Grafiken aus den einzelnen Veranstaltungen. Die Dokumentation beruht auf Mitschriften, die SÜDWIND während der Veranstaltungen erstellt hat. Aus diesen Mitschriften wurden für die Veröffentlichung Schwerpunkte ausgewählt. Alle Auslassungen liegen in unserer Verantwortung. Lediglich die O-Töne wurden von den Zitatgeber*innen autorisiert.

Ein Hinweis auf die Schreibweise: Wo im folgenden Text nicht gegendert wird, sind Organisationen und Strukturen gemeint. Wo Personen gemeint sind, wird durchgängig gegendert (mit *).

Wir bedanken uns bei denjenigen, die als Moderator*innen, Referierende und / oder Teilnehmer*innen mitgewirkt haben und hoffen, dass diese Dokumentation für alle, die sich mit China und Menschenrechten beschäftigen, aufschlussreich ist.

Grafik: Wikimedia Commons



GRAFIK 1: BEZIEHUNGEN ZWISCHEN NRW UND CHINA – ORTE IN NORDRHEIN-WESTFALEN, IN DENEN PROJEKTAKTIVITÄTEN STATTFANDEN

1. WIE WEITER NACH DER CHINA-STRATEGIE?

Wie soll Deutschland künftig mit China umgehen? Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in Chinas Innen- und Außenpolitik sowie der zunehmenden Spannungen zwischen dem Westen und Peking ist eine klare Positionierung für deutsche Akteur*innen unerlässlich. Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutierten beim Dialogforum in Bonn (Sept. 2024) die aktuelle Lage, mögliche bzw. nötige Strategien und Perspektiven für die zukünftige Zusammenarbeit.

CHINAS WANDEL – VON ANNÄHERUNG ZU KONFRONTATION

Der Journalist Felix Lee eröffnete die Diskussion mit einer Analyse der tiefgreifenden Veränderungen in China. Er beschreibt, wie sich das Land unter Xi Jinping von einer Phase der Annäherung an den Westen verabschiedet habe. Früher hätte es eine gewisse Grauzone gegeben, in der deutsche Unternehmen und Institutionen Spielräume für

Kooperationen hatten. Heute sei diese Grauzone weitgehend verschwunden. Stattdessen prägten eine klare Abgrenzung und eine zunehmend autoritäre Politik das Bild: Das Dokument Nr. 9, das den Westen offen als Gegner bezeichne, das NGO-Gesetz, das die Zivilgesellschaft einschränke, sowie der Ausbau des Überwachungsstaates seien nur einige Beispiele für den verschärften Kurs. Die Strategie „Made in China 2025“ ließe sich als eine industriepolitische Kampfansage verstehen, die auf die Führungsrolle in Schlüsselindustrien abziele und die Autarkie Chinas vorantreiben solle. Hinzu kämen sicherheitspolitische Fragen, wie der Umgang mit Taiwan und die Unterstützung Chinas für Putin im Ukraine-Krieg, die im Westen für einen „Erweckungsmoment“ Sorge. Deutschland, das jahrzehntelang auf eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit China gesetzt habe, stehe vor der Herausforderung, seine Abhängigkeiten zu überdenken und eine neue Balance zwischen Kooperation und Schutz zu finden.

DEUTSCHLAND ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND SICHERHEIT – DIE PERSPEKTIVE DER LANDESPOLITIK

Stefan Engstfeld, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, schildert die aktuelle Situation auf regionaler Ebene. Er berichtet, dass die Beziehungen zwischen NRW und China aktuell zwar heruntergefahren, aber nicht vollständig abgebrochen wurden. Die Landesregierung verfolge eigene Leitsätze im Umgang mit China. Es bestehe eine zunehmende Wahrnehmung von China als Sicherheitsrisiko: Spionageaktivitäten oder Cyberangriffe seien alarmierende Signale. Ziel der Landespolitik sei es, die Resilienz insbesondere im Chemie- und Arzneimittelbereich zu stärken. Gleichzeitig warnt er vor einer naiven Haltung auf kommunaler Ebene: Viele Kommunen gingen Partnerschaftsanfragen



aus China unkritisch an, was zu Ungleichgewichten und Sicherheitsrisiken führen könne. In Bezug auf sensible Themen sei festzustellen, dass die Diskussion um Menschenrechte, Taiwan, Tibet und Uigur*innen von chinesischer Seite oft abrupt abgebrochen werde, was die schwierige Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen und Menschenrechtsfragen verdeutliche.

VON DER NOTWENDIGKEIT TECHNOLOGISCHER AUTONOMIE

Der Politikwissenschaftler Stefan Schmalz von der Universität Jena beleuchtet die Abhängigkeit Deutschlands von China in verschiedenen Bereichen. Er zeigt, dass es punktuelle Abhängigkeiten gibt, etwa bei chinesischen Investitionen in Deutschland, im Handel und bei wichtigen Rohstoffen. Besonders in der Automobil- und Chemiebranche sowie bei Seltenen Erden und grünen Technologien bestehe eine enge Verflechtung. Während die Investitionen chinesischer Firmen in Deutschland nach 2016 zurückgingen, bleibe

die Abhängigkeit bei Rohstoffen und bestimmten Produkten hoch. Schmalz betont die Bedeutung einer starken europäischen Industriepolitik und kritisiert die deutsche China-Strategie, die vor allem defensiv ausgerichtet sei. Er hebt hervor, dass China durch staatliche Maßnahmen volkswirtschaftliche Vorteile erzielt und warnt vor den Folgen einer zu starken Abhängigkeit, insbesondere bei der E-Mobilität. Insgesamt zeigt er die komplexen Beziehungen zwischen Deutschland und China auf und unterstreicht die Notwendigkeit, technologische Autonomie zu bewahren.

SO IST DE-RISKING NICHT GEMEINT!

Der Journalist Mu Cui von der Deutschen Welle / ARD verweist auf das unterschiedliche Verständnis von De-Risking bei Politik und Unternehmen. Während die China-Strategie der Bundesregierung auf ein geopolitisches De-Risking zielt, das die Abhängigkeit von China eingrenzt, reduzieren Unternehmen ihre eigenen Risiken, indem sie Notfallpläne erarbeiten, die im Fall der Fälle Wirtschaftskreisläufe trennen. So könne das China-Geschäft erhalten bleiben, aber das Geschäft in Europa etwas unabhängiger von China werden.



Fotos: SÜDWIND

WISSENSCHAFT ZWISCHEN DATENKLAU UND KOOPERATION

Sakine Weikert, Referatsleiterin des Kompetenzzentrums Internationale Wissenschaftskooperationen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), erläutert, dass die Wissenschaftskooperation vor der Pandemie von Weltoffenheit und zahlreichen Partnerschaften geprägt war. Heute stehen Forscher*innen aber vor neuen Herausforderungen wie Datenklau, Spionage und Dual-Use-Risiken, insbesondere im Umgang mit China. Der DAAD hat das Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperationen (KIWi) eingerichtet, um u.a. auf diese Entwicklungen zu reagieren. China spielt eine zentrale Rolle in der globalen Forschung: Bis 2050 will es führend sein, bereits heute ist es in zahlreichen Technologien Spitzenreiter. Angesichts der Bedeutung Chinas für den Wissensstandort Europa ist ein vollständiges Entkoppeln unmöglich. Das DAAD-Leitpapier betont, dass Kooperationen interessengeleitet, rechtssicher und kompetenzbasiert gestaltet werden müssen. Es fordert, den Dialog mit China zu intensivieren, chinesische Wissenschaftler*innen besser einzubinden und



Diskriminierung zu bekämpfen. Ziel ist, Chancen zu nutzen und den akademischen Wettbewerb fair zu gestalten, um die europäische Forschungsposition zu stärken.

CHINA UND DIE UMSETZUNG DES LIEFERKETTENGESETZES: EUROPÄISCHE ILLUSION ODER DIREKTIVE MIT DURCHSETZUNGSKRAFT?

Bettina Braun, Policy Advisor beim Deutschen Institut für Menschenrechte (bis Ende 2024), blickt auf verschiedene Regularien in den USA und der EU. Die Regulierung in den USA gegen Importe aus Zwangsarbeit verbiete schon seit 70-80 Jahren den Import von Produkten aus privatwirtschaftlicher und staatlicher Zwangsarbeit. Seit der ersten Regierung Trump liege dabei ein Fokus auf Xinjiang / China. Unter der Regierung Biden wurde der Uyghur Forced Labour Prevention Act (UFLPA) verabschiedet, der Produkte, bei denen Hinweise auf Zwangsarbeit in der Lieferkette vorliegen, im Ankunftshafen festhalte und nicht in den US-Markt lasse, bis der Verdacht ausgeräumt sei.

In Europa werde ein anderer Ansatz verfolgt: Hier seien zwei Regularien zu erwähnen – das europäische Lieferkettengesetz (CSDDD) und die Zwangsarbeitsverordnung. Die CSDDD ist thematisch breiter angelegt. Sie schreibt interne Unternehmensprozesse vor, um menschenrechtliche Risiken anzugehen und zu bearbeiten. Die Zwangsarbeitsverordnung verfolgt einen produktspezifischen Ansatz und hat keinen regionalen Fokus. Sie ist in der Umsetzung etwas schwieriger für Behörden. Die Produkte werden im Fall der

Panel beim Dialogforum in Bonn (Sept. 2024)

Fälle eingezogen und können nicht weiter exportiert werden. Dies ist bei den USA anders. Produkte, die wegen des Vorwurfs von Zwangsarbeit nicht in die USA importiert werden dürfen, können vom Besitzer in andere Märkte gebracht werden. Die bisherigen Erfahrungen mit dem deutschen LkSG zeigten, dass sich Unternehmen anfangs sehr auf die Einrichtung von unternehmensinternen Prozessen fokussieren.

Ob bei diesen Gesetzen und vor allem den US- und EU-Verordnungen gegen Zwangsarbeit geopolitische Motivation mitspielt, bleibt offen. Von uigurischen Exilorganisationen sind sie aber sehr begrüßt worden. Generell richten sich die Importverbote aber nicht nur gegen Produkte aus China, sondern allgemein gegen den Import von Produkten aus Zwangsarbeit.

DIE UMSETZUNG DES LKSG IN CHINA

Die Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik hat für die Studie „Compliant, aber wirkungslos. Das deutsche Lieferkettengesetz im chinesischen Kontext“ eine Umfrage unter Unternehmen durchgeführt, von der Christiane Hellar, stellvertretende Leiterin der Stiftung, berichtet. Die befragten Unternehmen sehen nicht, wie die Mechanismen, die ihnen zur Verfügung stehen (wie z.B. Audits, Selbstauskünfte), in China etwas bringen. Sie erwarten von der Politik eine klarere Linie, das bedeutet: Die Politik verlangt bisher etwas von ihnen, was nicht umsetzbar ist. Deshalb müsse an Lösungen gearbeitet werden. Zu Beginn der Umsetzung der Anforderungen aus dem LkSG reagierten die chinesischen Partner*innen ablehnend. Heute hingegen kämen alle Fragebögen perfekt ausgefüllt zurück, was zwar auf Akzeptanz der Anforderungen des LkSG hindeute, aber auch Zweifel

an der Glaubwürdigkeit der Antworten wecke. Die größte Herausforderung für die Umsetzung des Gesetzes seien die Informationsbeschaffung, die Glaubwürdigkeit der Informationen und die (fehlende) Transparenz. Wenn man das ernsthaft angehen wolle, dann müssten Unternehmen investigativ tätig werden.

Insgesamt lasse sich das LkSG als großer Hebel einschätzen. Ökonomischer Druck und zivilgesellschaftliche Akteur*innen verstärkten die Hebelwirkung. Am Beispiel VW sehe man: Die Motivation von VW für das Audit in seinem Werk in Xinjiang war die Beruhigung der Shareholder. VW setzte das typische Instrument des Audits ein; dessen Glaubwürdigkeit sei aber in einer Umgebung, die geprägt ist von Zwang und Unterdrückung, gering. Es wäre naiv zu glauben, mit dem Audit ein Häkchen hinter das Risiko von Zwangsarbeit setzen zu können. Das Beispiel zeige, dass Zertifizierungen die Probleme nicht lösen. Mit dem LkSG wird im Unterschied dazu ein Bemühensansatz verfolgt. Zu berücksichtigen sei auch, dass man den Rückzug von einem Zulieferer nicht immer als Wahrung der Sorgfaltspflicht labeln könne. Verbesserung komme vor Rückzug!

Pablo Campos vom SÜDWIND-Institut ergänzt, dass der Versuch, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in China umzusetzen, auch ein Ansatz sein könne, gegen geopolitische Spannungen vorzugehen. Denn damit setze man auf Austausch und Kooperation. Da aber die Zivilgesellschaft vor Ort weitgehend im Exil sei, würden Informationen zur aktuellen Situation zu einer wichtigen Ressource. Deshalb müssten die finanziellen und technischen Ressourcen für die Informationsbeschaffung erhöht werden. Wichtig wäre auch eine höhere Transparenz des BAFA bei laufenden Beschwerden.

Fotos: SÜDWIND



O-TÖNE:



**„DIE SORGFALTS-
PFLICHTENGESETZE SIND
WERTVOLL, SIE GEHEN
IN DIE RICHTIGE RICHT-
TUNG, AUCH WENN ES
AKTUELL EIN DILEMMA IN
DER UMSETZUNG GIBT.“**
CHRISTIANE HELLAR



**„GESETZE STÄRKEN
DIE STELLUNG DER
UNTERNEHMEN
GEGENÜBER
ZULIEFERERN, ABER
AUCH GEGENÜBER
STAATEN.“
BETTINA BRAUN**



**„CHINA IST GROSS
UND HETEROGEN.
DIE ZIVILGESELL-
SCHAFT HAT
ES SCHWER, IST
ABER NICHT WEG.
DER AUSTAUSCH IST
WICHTIGER DENN JE.“**
FELIX LEE

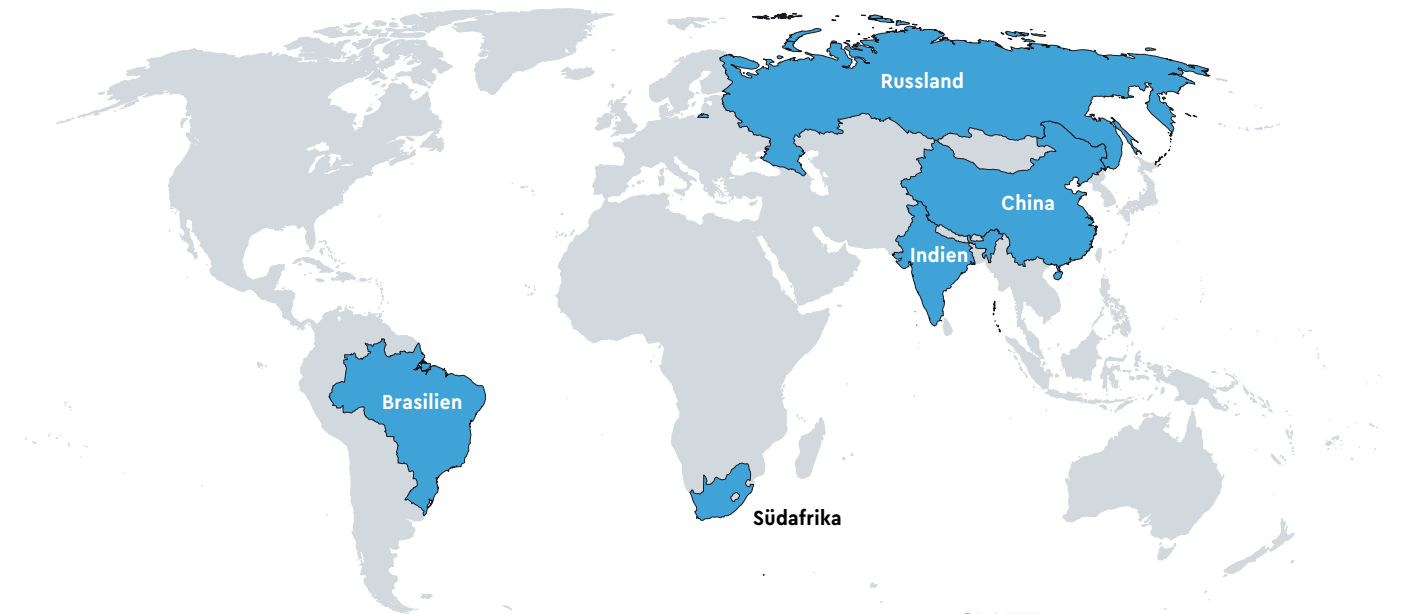


Mu Cui
bei der SÜDWIND-
Tagung in Bonn

AUSBLICK

Wichtige Hinweise der Panelist*innen auf die Bedeutung des Lieferkettengesetzes für den Austausch und Dialog mit chinesischen Akteur*innen und auf die Strategie „Verbesserung vor Rückzug“, die auch im Fall chinesischer Zulieferer gelte, werden ein Jahr später von den mittlerweile salonfähigen Angriffen aus Politik und Wirtschaft gegen das LkSG und die CSDDD in den Schatten gestellt. Hinzu kommt die Schließung der wichtigsten chinesischen Nichtregierungsorganisation, China Labour Bulletin, im Juni 2025, die eine wichtige Informationsquelle zur Arbeitsrealität in China verstummen lässt.

Es ist offen, wie es mit den Lieferkettengesetzen und der Menschenrechtsarbeit in China weitergeht. Weiter für ambitionierte gesetzliche Regelungen menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten einzutreten und neue Kontakte zur chinesischen Zivilgesellschaft aufzubauen, sind die aktuellen Herausforderungen.



GRAFIK 2:
MITGLIEDSSTAATEN DER BRICS VOR
DER ERWEITERUNG ZU BRICS+

2. ‚ENTWICKLUNGSLAND‘ FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN – WELTMACHT FÜR DEN GLOBALEN NORDEN.

AUSWIRKUNGEN CHINESISCHER INVESTITIONEN AM BEISPIEL DER BRICS, GHANA UND DEUTSCHLAND

Neue geopolitische Allianzen gewinnen in einer zunehmend multipolaren Weltordnung an Bedeutung. Vor allem China und der Staatenverbund der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) treten dabei als politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu westlichen Strukturen wie der G7 oder der EU auf. In den im Rahmen des Projekts durchgeführten Expert*inneninterviews wurden einige von China geführte globale Initiativen ausführlich erwähnt, insbesondere die Seidenstraße (BRI – Belt- and Road-Initiative). Die BRICS wurden hingegen weniger thematisiert. Dies lag jedoch nicht daran, dass dieser Zusammenschluss von Ländern in Expert*innenkreisen eine untergeordnete handels- und wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Im Gegenteil, es ist bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der BRICS, gemessen an der Kaufkraftparität, höher ist als das der G7. In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Heterogenität der BRICS und die große Entfernung der einzelnen Länder eine große Wissenshürde darstellen und die Analyse erschweren.

CHINAS ZENTRALE ROLLE IN DEN BRICS

Bei der Veranstaltung im April 2025 in Düsseldorf wurde die zentrale Rolle Chinas innerhalb der BRICS-Staaten beleuchtet – als Partner für Infrastrukturprojekte, Rohstoffhandel und Investitionen. Dabei standen sowohl Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltkonflikte als auch die politischen Zusammenhänge, die sie ermöglichen, im Mittelpunkt. Das Potenzial des deutschen und europäischen Lieferkettengesetzes als möglicher Lösungsansatz wurde diskutiert. Die NRW-Perspektive war durch die Kooperation mit dem Eine Welt Netz NRW von Anfang an vertreten.

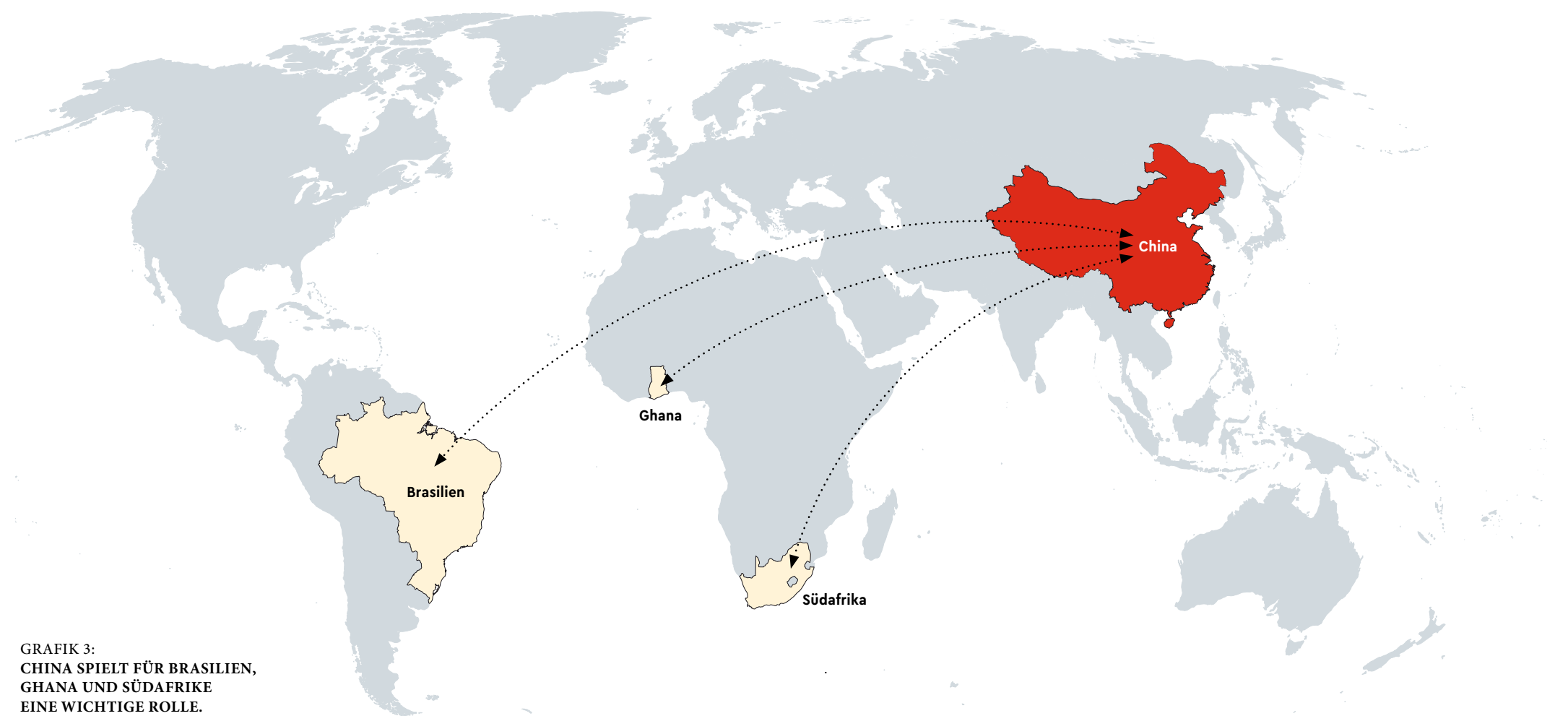
In ihrem Grußwort erläuterte Monika Dülge, die Geschäftsführerin des Eine Welt Netz NRW, die Erfahrungen der Organisation in der Kooperation mit chinesischen Nicht-Regierungsorganisationen: Im Rahmen der Klimakampagne „Heiße Zeiten“ unterhielt das Eine Welt Netz einen intensiven Austausch mit der chinesischen Klima-NRO „China Youth Climate Action Netzwerk (CYCAN)“, die darauf zielte, chinesische Universitäten klimafreundlich aufzustellen. Die Wahrnehmung Chinas aus entwicklungspolitischer Perspektive ist stark von dessen Aktivitäten in afrikanischen Ländern geprägt, beispielsweise großen Infrastrukturprojekten, an deren Wertschöpfung afri-

kanische Akteure allerdings kaum beteiligt sind, wie die folgenden Ausführungen zu Südafrika, Brasilien und Ghana zeigen werden.

Dr. Sabine Ferenschild vom SÜDWIND-Institut erinnerte in ihrer Einführung an die erste große internationale Konferenz postkolonialer Staaten, die im April 1955, also vor 70 Jahren, in Bandung / Indonesien stattfand. Erstmals reisten zahlreiche Teilnehmer*innen als Repräsentant*innen eines souveränen Staates an, um den Wandel der internationalen Ordnung zu diskutieren, dazu Stellung zu beziehen und die ‚Neuordnung der Welt‘ nach dem Ende der Kolonialzeit mitzubestimmen. Alle Teilnehmer*innen hoben in ihren Reden ihr „koloniales Erbe“ und die „kollektive Erfahrung kolonialer Unterdrückung“ hervor. Insofern gelte die Konferenz auch als Symbol für das „Ende des Kolonialzeitalters“ und könne in ihrer politischen und auch symbolischen Bedeutung gar nicht überschätzt werden. Der Historiker Jürgen Dinkel bezeichnete sie gar als eines der wichtigsten politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts und als wichtiges Signal der Süd-Süd-Kooperation. Zu den Teilnehmenden der Bandung-Konferenz gehörte auch die gerade erst knapp 6 Jahre alte Volksrepublik China, die noch nicht Teil der Vereinten Nationen war. Mit dieser Konferenz trat die Volksrepublik als Teil der dekolonisierten Welt auf das internationale Parkett. Ferenschild verweist auch auf die beeindruckende Entwicklung, die China seit 1955 zurückgelegt habe: China sei ökonomisch ganz sicher und politisch-militärisch zunehmend zur Weltmacht aufgestiegen. Chinesische Unternehmen erarbeiteten sich wachsende Bedeutung in High-End-Wertschöpfungsketten. China sei nicht mehr nur die Werkbank der Welt, sondern auch in Forschung und Entwicklung ein zentraler Akteur geworden. Mit der wachsenden Macht Xi Jinpings in Partei und Staatsführung würden aber Spielräume für freie Meinungsäußerung, zivilgesellschaftliche Organisationen und kollektive Aktionen immer enger. Immer mehr Gesetze wie das NGO-Gesetz oder das Anti-Spionage-Gesetz behinderten internationale zivilgesellschaftliche Kooperation. Hinzu kämen die vielfältigen Hinweise auf staatlich angeordnete Zwangsarbeit, der vor allem die ethnische Minderheit der Uigur*innen unterworfen ist, verbunden mit massiver Unterdrückung dieser ethnischen Minderheit. Beide Aspekte – ob China im Globalen Süden heute noch als Teil des Globalen Südens gesehen werde und welchen Einfluss China heute vor allem im Kontext der BRICS-Staaten nehme – seien also wichtig, wenn man auf China blicke.

CHINA ROLLE IN DEN BRICS UND ALS INVESTOR

Am ersten Panel nahmen Pablo Campos vom SÜDWIND-Institut sowie Romy Siegert, Gewerk-



GRAFIK 3:
CHINA SPIELT FÜR BRASILIEN,
GHANA UND SÜDAFRIKE
EINE WICHTIGE ROLLE.

schaftssekretärin im Ressort Globale und Europäische Gewerkschaftspolitik der IG Metall, teil. Die Moderation übernahm Joyce Lee, eine freiberufliche Journalistin aus Köln, die den ARD-Podcast „Welt.Macht.China“ moderiert. Pablo Campos erläuterte die Bedeutung der BRICS aus geopolitischer Perspektive. Romy Siegert präsentierte die Perspektive der Arbeitnehmer*innen aus Nordrhein-Westfalen und China.

In diesem Zusammenhang wurden die Potenziale, Herausforderungen und Risiken der Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern diskutiert und geopolitisch eingeordnet. Deutlich wurde beispielsweise, dass chinesische Investor*innen bei Investitionen und Einkäufen in NRW und Deutschland bereit sind, die deutsche Gesetzgebung umzusetzen und sogar ökonomische Verluste in Kauf zu nehmen. Dies ist einerseits damit zu erklären, dass sie ein großes Interesse am deutschen und europäischen Markt haben und es für sie steuerlich sinnvoll ist, in Europa zu produzieren. Andererseits ist jedoch auch die Arbeit der Betriebsräte in Kooperation mit der Gewerkschaft und der Zivilgesellschaft hervorzu-

heben. Diese informieren die Investor*innen bzw. neuen Eigentümer*innen an erster Stelle darüber, an welche Arbeitsgesetze sie sich halten müssen. Die Betriebsräte versuchen, Kontakt zu den chinesischen Kolleg*innen zu etablieren und aufrechtzuerhalten.

CHINA UND SÜDAFRIKA

Am zweiten Panel beteiligte sich Vera Dwors von der Fachstelle Südafrika des Eine Welt Netzes, mit langjähriger Erfahrung in der kirchlichen Partnerschaftsarbeit zwischen Südafrika und Deutschland. In ihrem Beitrag thematisierte sie die komplexen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Südafrika und China. Sie hob hervor, dass China Südafrikas mit Abstand wichtigster Handelspartner ist und über ein Fünftel aller Importe ausmacht. Zugleich schilderte sie eindrucksvoll, wie chinesische Investitionen das südafrikanische Stadtbild prägen – von Bauprojekten über chinesische Supermärkte bis hin zu Großvorhaben in der Infrastruktur.

Sie ging auch auf die Rolle der BRI, also der Neuen Seidenstraße, ein, über die zahlreiche Pro-

jekte in den Bereichen Energie, Transport und Digitalisierung umgesetzt werden. Besonders kritisch beleuchtete sie die Abhängigkeit durch kreditfinanzierte Projekte und die damit verbundenen Risiken für die Staatsverschuldung Südafrikas. Gleichzeitig verwies sie auf das hohe Maß an Akzeptanz chinesischer Investor*innen im Land, was unter anderem auf schnellere Entscheidungsprozesse und geringere politische Bedingungen im Vergleich zum Westen zurückzuführen sei. Vor diesem Hintergrund stellte sie die Frage, wie Partnerschaftsarbeit zwischen Südafrika und Deutschland in Zukunft aussehen kann, wenn China wirtschaftlich und symbolisch zur dominierenden Kraft wird.

CHINA UND BRASILIEN

Ebenfalls am zweiten Panel beteiligte sich Marcos da Costa Melo, Sozialwissenschaftler, Promotor für Interkulturelle Öffnung im Regierungsbezirk Arnsberg und langjähriger Brasilien-Kenner, der die wirtschaftliche Beziehung zwischen Brasilien und China aus entwicklungspolitischer Perspektive analysierte. Er skizzierte die historische Entwick-

lung seit den 1970er Jahren und betonte, dass China seit 2009 Brasiliens wichtigster Handelspartner ist. Derzeit gehen rund 30 % der brasilianischen Exporte – vor allem Soja, Eisenerz und Rindfleisch – nach China, während Importe aus China vor allem Hightech-Produkte und Investitionen in Infrastruktur umfassen. Da Costa Melo verdeutlichte, dass chinesische Investitionen insbesondere in der Solar- und Elektromobilitätsbranche sowie im Energienetz Brasiliens stark zugenommen haben. Dabei stellte er auch die Rolle staatlicher Konzerne wie des chinesischen Energieunternehmens State Grid Corporation of China (SGCC) oder des chinesischen Mischkonzerns BYD heraus, die zentrale Projekte vorantreiben. Gleichzeitig thematisierte er die sozialen und ökologischen Risiken dieser Großprojekte, etwa für indigene Gemeinschaften und lokale Arbeitsrechte. Die kritische Begleitung durch Brasiliens Zivilgesellschaft sowie die politischen Spannungen mit westlichen Staaten führten dazu, dass China in Brasilien sowohl als Partner der Energiewende als auch als strategischer Machtfaktor wahrgenommen wird.

CHINA UND GHANA

Den Abschluss des Panels bildete Nicolai Roerkohl, Promotor im Ghana Forum NRW, der die Rolle Chinas in Ghana beleuchtete. Auch wenn Ghana bisher nicht Teil der BRICS oder der um et-

liche Staaten erweiterten BRICS+ ist, gilt das Land als potenzieller Kandidat und zeigt bereits heute eine hohe wirtschaftliche und infrastrukturelle Abhängigkeit von China. Roerkohl skizzierte die weitreichende Präsenz chinesischer Unternehmen im ghanaischen Infrastruktursektor – vom Straßenbau über Krankenhäuser bis hin zu Regierungsgebäuden. Gleichzeitig verwies er auf problematische Begleiterscheinungen wie Korruption, intransparente Auftragsvergabe und die enge Verflechtung wirtschaftlicher Projekte mit politischen Gefälligkeiten.

Ein Beispiel dafür sind vermeintliche Schenkungen wie neue Parlamentsgebäude, in denen später Spionagetechnologie entdeckt wurde. Besorgniserregend sei zudem die Praxis, dass chinesische Firmen sich durch Infrastrukturprojekte auch Rechte zur Abholzung von Wäldern sicherten, diese aber mit wirtschaftlich verwertbaren chinesischen Baumarten aufforsten – zum Nachteil der lokalen Biodiversität. Roerkohl machte auch auf die häufig prekären Arbeitsbedingungen der „mitgebrachten“ chinesischen Arbeitskräfte aufmerksam, während lokale Beschäftigung und Partizipation oft ausblieben. Die Präsentation machte deutlich, dass Chinas Einfluss in Ghana nicht nur ökonomisch, sondern zunehmend auch politisch und gesellschaftlich wirksam ist – mit ambivalenten Folgen für Entwicklung und Demokratie.

AUSBLICK

Die Veranstaltung zeigte eindrücklich, wie stark und zugleich vielschichtig der Einfluss Chinas in den Ländern des Globalen Südens ist – ob als Handelspartner, Kreditgeber, Infrastrukturausbauer oder technologischer Akteur. In allen vorgestellten Länderbeispielen – Südafrika, Brasilien und Ghana – wird China einerseits als Motor für wirtschaftliche Entwicklung wahrgenommen, andererseits als Akteur, der mit autoritären Strukturen, ökologischen Risiken und einer Schwächung demokratischer Prozesse in Verbindung gebracht wird. Dabei wurde deutlich, dass es nicht allein um ökonomische Interessen geht, sondern um eine strategisch angelegte Neuordnung globaler Machtverhältnisse, in der China eine zentrale Rolle spielt.

Für die deutsche und europäische Politik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, eigene entwicklungspolitische, menschenrechtliche und handelspolitische Instrumente – wie das Lieferkettengesetz – konsequent weiterzuentwickeln und global kohärent umzusetzen.

Künftige Diskussionen sollten sich intensiver mit der Rolle der BRICS im Kontext der globalen Transformationsprozesse beschäftigen, insbesondere mit Fragen nach gerechten Handelsbeziehungen, der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der Wirksamkeit sozial-ökologischer Standards in einem zunehmend multipolaren Weltsystem.

Fotos: SÜDWIND

Staatsunternehmen
Kolonialismus/Kolonialzeit
Kredit/Verschuldung
Zivilgesellschaft
Weltmacht
Wirtschaft
Handelspartner
Deutschland
Umwelt/Ökologie
BRICS
Geopolitik
Infrastruktur
EU/Europa
Kooperation
Rohstoffe
China
Investitionen
Globaler Süden
Brasilien
Entwicklungspolitik
Ghana
Lieferkettengesetz
Südafrika
Seidenstraße (BRI)
Demokratie
Multipolarität
Export/Import



Oberes Bild:
Vera Dwors,
Nicolai Roerkohl,
Joyce Lee,
Marcos da Costa
Melo (v.l.n.r.)

Unteres Bild:
Romy Siegert und
Pablo Campos im
Gespräch mit Joyce
Lee, Düsseldorf,
April 2025

Netzwerk/Netzwerktreffen
Partner/Partnerschaft
Einfluss Strategie
Produktion
Forschung Entwicklungen
Unternehmen Standort China Kooperation
Gewerkschaft Betriebsrat
SÜDWIND Analyse Deutschland
Kommunikation IG Metall Information
Automobilindustrie Integration
Management Wirtschaft

3. VON ÜBERNAHMEN UND PARTIZIPATION

DAS CHINA-INVEST-NETZWERK DER IG METALL IM DIALOG MIT SÜDWIND

Eine besondere Perspektive auf deutsch-chinesische Beziehungen haben Beschäftigte in deutschen Betrieben, die von chinesischen Investor*innen übernommen worden sind. Die IG Metall bringt deshalb Betriebsräte aus solchen Unternehmen in einem China-Invest-Netzwerk zusammen. Bei regelmäßigen Treffen analysieren sie gemeinsam die aktuelle wirtschaftliche Lage, politische Strategien, industriepolitische Programme und auch die Bedingungen für Beschäftigte in der chinesischen Industrie. Das Ziel dieses Netzwerks: Aus den gemeinsamen Diskussionen lernen für die Analyse und die Betriebsratsstrategie im eigenen Unternehmen!

Am Netzwerktreffen im Mai 2025 nahmen knapp 20 Betriebsräte aus vielen Unternehmen in ganz Deutschland teil, darunter einige aus NRW. Ein Schwerpunkt dieses Treffens lag auf der Vernetzung mit SÜDWIND. SÜDWIND stellte das eigene China-Projekt, aktuelle ökonomische Entwicklungen in China sowie Chinas Rolle in den BRICS und für den Globalen Süden dar. Weitere Referent*innen gaben einen Überblick über die Übernahmen deutscher Betriebe durch chinesische Investor*innen und die Auswirkungen auf die betriebliche Mitbestimmung.

Thema waren auch die Ergebnisse der Studie „Der abwesende Partner in der Sozialpartnerschaft. Veränderungen der Mitbestimmungspraxis in Betrieben mit chinesischen Investoren“ (Autorin: Shuwen Bian), laut derer der Einstieg chinesischer Investor*innen tiefgreifende Veränderungen in der praktizierten Mitbestimmung deutscher Standorte zur Folge hat. Die Autorin indentifiziert vier Faktoren, die die betriebliche Mitbestimmung besonders erschweren. Diese sind der eingeschränkte Zugang zu Informationen, die Sprachhürde angesichts eines chinesischen Managements, das manchmal nur Chinesisch spricht, eine paternalistische Unternehmensführung, aber auch der wachsende Einfluss von Parteirichtlinien.

Obwohl viele davon ausgehen, dass chinesische Investor*innen die gesetzlich geregelte Mitbestimmung in ihren deutschen Standorten achten, stellt Shuwen Bian in ihrer Untersuchung, die sie in 23 Betrieben durchgeführt hat, fest, dass sich die Bedingungen für die Mitbestimmung schleichend verschlechtern.

Da China nach den USA und der Schweiz das wichtigste Herkunftsland für Greenfield- und Erweiterungsinvestitionen in Deutschland ist, sei diese Entwicklung bedenklich. Dabei stünden aber nicht eindeutig gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten des chinesischen Managements im Vordergrund, sondern eher dessen fehlendes Interesse

an Kooperation mit dem Betriebsrat. Shuwen Bian ordnet deshalb die Einschätzung, dass die Mitbestimmung vom chinesischen Investor/der Investorin akzeptiert wird, sofern sie schon im deutschen Standort verankert ist, als Fehlannahme ein.

DIE STRATEGIE DER ZWEI WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE

Stefan Schmalz, Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena, berät seit längerem das China-Investnetzwerk der IG Metall. Er stellte fest, dass man vor 10 Jahren in China noch forschen und sich mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen treffen konnte. Das ist heute so nicht mehr möglich, zumindest nicht, wenn man Streiks in China erforschen möchte. Er gab einen Überblick über seine Forschung zu chinesischen Investitionen in Betriebe in Deutschland sowie zur chinesischen Automobilindustrie und der Konkurrenz, die diese für deutsche Automobilunternehmen bedeutet.

Für ihre Forschung haben er und sein Team mit Betriebsräten gesprochen und sind zu den Mutterunternehmen nach China gereist. Als Beispiel für eine Investitionsgeschichte stellt er ein NRW-Unternehmen vor: Das Unternehmen war in ökonomischer Schieflage und wurde von einem chinesischen Investor übernommen, der mit dieser Übernahme wiederum spezifisches Fachwissen erwerben wollte. Der chinesische Investor ist auf funktionierende Betriebsratsstrukturen getroffen, beide Seiten haben sich damit relativ gut arrangiert. Aktuell wird der deutsche Standort aber weitgehend nach China verlagert. Der Betrieb in Deutschland soll zum Forschungsstandort umgebaut werden. Die Betriebsräte haben meist kaum Kontakt zu den Investoren. Insgesamt schätzt Schmalz ein, dass nach einer Phase der lockeren Steuerung häufig eine Phase der stärkeren Integration in den chinesischen Betrieb zu beobachten ist. Er betont, dass bei Übernahmen



private chinesische Investor*innen von Staatsunternehmen zu unterscheiden sind. Letztere sind im Allgemeinen günstiger für die übernommenen deutschen Standorte, weil sie langfristig orientiert seien. Schmalz weist auch darauf hin, dass man eine Strategie der zwei Wirtschaftskreisläufe auf chinesischer Seite erkennen könne: in Deutschland wird für Deutschland bzw. Europa produziert und in China für China. Diese Tendenz könne man auch für den Automobilsektor erkennen. Sie sei als Strategie auch deutschen Unternehmen nicht unbekannt. Die Wirtschaftskreisläufe zu trennen, so ein Diskussionsbeitrag, sei auch eine Form des De-Riskings deutscher Unternehmen.

Für deutsche Gewerkschaften stelle ein großes Problem dar, dass es auf chinesischer Seite kein Pendant gibt. Denn dort existiere nur der Gesamtchinesische Gewerkschaftsdachverband, eine der Massenorganisationen der Kommunistischen Partei Chinas. Insofern gebe es keine internationale Solidarität.

AUSBLICK

Das China-Invest-Netzwerk der IG Metall ist ein guter Anfang, um Betriebsräte mit dem für sie nötigen Wissen zu China auszustatten. Wie auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Wissenschaft könnte ein Kompetenzzentrum der IG Metall oder auf Ebene des DGB eine sinnvolle Hilfestellung für Betriebsräte sein, die Unterstützung bei der Kommunikation, dem Verstehen der chinesischen Betriebskultur oder der Informationsbeschaffung über den chinesischen Mutterkonzern benötigen.

Hilfreich könnte es auch sein, Betriebsräte und Gewerkschaften stärker in kommunale und regionale Partnerschaften mit China einzubinden. Bei Reisen in die Partnerstadt könnte zum Beispiel nicht nur das Management eines Unternehmens, sondern auch der Betriebsrat eingeladen werden, teilzunehmen.

Grußwort von
Hannah Fischer /
Eine Welt Netz NRW



Pablo Campos
beim Dialogforum
in Dortmund,
Juni 2025

4. SUBNATIONALE DIPLOMATIE STATT WELTPOLITISCHEM MISSTRAUEN?

STÄDTEPARTNERSCHAFTEN ZWISCHEN CHINA UND DEUTSCHLAND UND DIE MENSCHENRECHTLICHEN SORGFALTPFLICHTEN

Im Juni 2025 fand in den Räumen der Auslandsgesellschaft in Dortmund das Dialogforum „Subnationale Diplomatie statt weltpolitischem Misstrauen?“ statt. Zu dieser Veranstaltung hatten das SÜDWIND-Institut, die Auslandsgesellschaft und das Eine Welt Netz NRW eingeladen. In der Planungsphase agierte zudem die Faire Metropole Ruhr als Kooperationspartnerin. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, welche Rolle kommunale Partnerschaften zwischen Deutschland und China in einer von geopolitischen Spannungen und menschenrechtlichen Herausforderungen geprägten Welt spielen können. Während sich China unter der Führung von Xi Jinping sichtbar in Richtung einer zentral gesteuerten Autokratie entwickelt, steht auch Europa an einem Wendepunkt: Das gewachsene Bewusstsein für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten – Ausdruck einer wertorientierten Globalisierung – wird inzwischen massiv infrage gestellt. Politische Kräfte, die soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Menschenrechte als Bedrohung wirtschaftlicher Interessen darstellen, gewinnen

an Einfluss. Die demokratische Selbstvergewisserung Europas steht auf der Kippe. In diesem Spannungsfeld erscheinen Städtepartnerschaften – wie zum Beispiel die seit über drei Jahrzehnten bestehende Verbindung zwischen Dortmund und Xi'an – zugleich als Ausdruck langfristiger Beziehungen und als potenzielle Instrumente einer menschenrechtsorientierten Außenpolitik auf kommunaler Ebene. Das Forum bot Raum für eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit diesen Fragen und eröffnete neue Perspektiven auf die Rolle subnationaler Akteur*innen in der globalen Ordnung von morgen.

In ihren Grußworten betonten Hannah Fischer vom Eine Welt Netz NRW und Karin Zhang von der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft die Notwendigkeit, Städtepartnerschaften neu zu denken und zu aktivieren. Hannah Fischer unterstrich den persönlichen und bildenden Wert kommunaler Partnerschaften. Junge Menschen erhielten durch Austauschprogramme die Möglichkeit, neue Perspektiven zu entdecken und ihre sozialen und interkulturellen Kompetenzen zu erweitern. Diesen Aspekt habe sie erst im Zuge ihrer Vorbereitung auf die Veranstaltung in seiner Tiefe erkannt. Karin Zhang wies auf die Komplexität der chinesischen Realität hin, die sich nicht auf einfache Gegensätze wie Demokratie versus Diktatur



Thomas Heberer
beim Dialogforum in
Dortmund, Juni 2025

Fotos: Claudia Steinbach / Auslandsgesellschaft e.V.

reduzieren lasse. Sie plädierte dafür, China nicht pauschal als Feind oder Rivalen zu betrachten, sondern auch Chinas Interesse an einer gerechteren Weltordnung ernst zu nehmen. Städtepartnerschaften könnten in diesem Spannungsfeld eine Brücke sein, so die beiden Rednerinnen, vorausgesetzt, sie werden bewusst gestaltet und mit menschenrechtlichen Standards verknüpft.

In seiner Einführung unterstrich Pablo Campos vom SÜDWIND-Institut das bislang unterschätzte Potenzial von Städtepartnerschaften im Kontext globaler Herausforderungen. Gerade angesichts wachsender geopolitischer Spannungen und autoritärer Tendenzen – sowohl in China als auch in

westlichen Demokratien – können kommunale Partnerschaften wichtige Brückenräume schaffen: für Dialog, für gemeinsame Lernprozesse und für konkrete Zusammenarbeit. Am Beispiel von Städten in NRW, die über zwanzig Partnerschaften mit chinesischen Städten pflegen, zeigte Campos auf, dass solche Beziehungen historisch gewachsen sind und von vielfältigem Austausch geprägt waren – sei es kulturell, wirtschaftlich oder wissenschaftlich. Heute gehe es darum, diese Strukturen nicht aufzugeben, sondern weiterzuentwickeln und strategisch zu nutzen. Dabei sei es entscheidend, Städtepartnerschaften als politische Praxis zu begreifen, die auch Verantwortung übernimmt,



Thomas Heberer,
Joyce Lee
(Moderation),
Martin van der Pütten,
Sabine Ferenschild
(v.l.n.r.)

beispielsweise bei der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten im Rahmen kommunaler Beschaffung und internationaler Kooperation. Wenn sie mit Offenheit, Transparenz und zivilgesellschaftlicher Beteiligung gestaltet werden, könnten Städtepartnerschaften ein wirksames Instrument sein, um eine gerechtere und nachhaltigere Globalisierung von unten mitzugestalten.

Den inhaltlichen Teil des Forums eröffnete Prof. Dr. Thomas Heberer vom Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen mit einer Einordnung der aktuellen Herausforderungen für deutsch-chinesische Städtepartnerschaften. Er wies darauf hin, dass sich die internationalen Rahmenbedingungen durch geopolitische Konflikte, die strategische Neuausrichtung Europas und die zunehmende Systemkonkurrenz zwischen China und dem Westen erheblich verändert haben. Gerade vor diesem Hintergrund plädierte Heberer für einen differenzierten Blick auf kommunale Partnerschaften. Diese seien keine Außenpolitik im klassischen Sinne, sondern konkrete Räume für Verständigung, Zusammenarbeit und wechselseitiges Lernen. Städte verfügten über einen besonderen Gestaltungsspielraum: Sie seien nä-

her an den Menschen, pragmatischer in der Umsetzung und oft weniger ideologisch aufgeladen als staatliche Beziehungen. In Bereichen wie Klimaschutz, Stadtentwicklung, beruflicher Bildung oder Digitalisierung könnten deutsch-chinesische Partnerschaften konkrete Lösungen hervorbringen, sofern sie auf Vertrauen, Verbindlichkeit und thematischer Klarheit basieren.

Im Zentrum der abschließenden Podiumsdiskussion standen die Chancen und Grenzen menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten im Rahmen von Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und China. Heberer äußerte Skepsis gegenüber der Idee, dass subnationale Partnerschaften ein geeigneter Ort für die Umsetzung solcher Pflichten seien. Er bezweifelte, ob sich menschenrechtliche Standards – insbesondere im autoritären Kontext Chinas – über kommunale Strukturen wirksam umsetzen ließen.

Dr. Sabine Ferenschild vom SÜDWIND-Institut widersprach dieser Einschätzung entschieden. Sie erinnerte an das chinesische Sprichwort „Der Himmel ist hoch, der Kaiser weit“ und plädierte dafür, die verbleibenden lokalen Handlungsspielräume in China ernst zu nehmen. Gerade langjährige Part-

Klimaschutz Kooperation
Verantwortung Demokratie
Deutschland Zivilgesellschaft Europa Verständigung
Geopolitik Kommunal Umweltstandards
Nachhaltigkeit Globalisierung
Städtepartnerschaften
Veränderung Autokratie Dortmund Dialog
Partnerschaften China Xi'an Werte Gestaltungsspielraum
Systemkonkurrenz Menschenrechte/ Bildung/Austauschprogramme
Herausforderungen Vertrauen Sorgfaltspflichten
Beschaffung/Vergabekriterien
Netzwerke/Austausch

nerschaften böten das Vertrauen und die Nähe, um auch sensible Themen wie Arbeitsrechte, Gewerkschaftsfreiheit oder Umweltstandards zumindest informell zu thematisieren. Martin van der Pütten von der Stadt Dortmund unterstützte diese Position und verwies auf bestehende Nachhaltigkeitsinstrumente in der kommunalen Praxis. Am Beispiel Dortmunds zeigte er auf, wie Städte bereits heute

über ihre Beschaffungsrichtlinien, Vergabekriterien und Bildungsarbeit konkrete Veränderungen anstoßen können. Städte wie Dortmund könnten, so van der Pütten, weit mehr bewirken, wenn sie ihre internationale Partnerschaftsarbeit gezielter mit menschenrechtlichen Zielsetzungen verknüpfen. Dies sei nicht nur möglich, sondern auch dringend geboten.

AUSBLICK

Die Veranstaltung in Dortmund hat gezeigt, wie wichtig es ist, Städtepartnerschaften neu zu denken: als lebendige Brücken zwischen Menschen, Kulturen und politischen Systemen. Gerade in Zeiten globaler Spannungen können solche Beziehungen dazu beitragen, den Dialog aufrechtzuerhalten, Vertrauen zu stärken und konkrete Veränderungen anzustoßen. Die Beiträge aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und kommunaler Praxis haben deutlich gemacht, dass es bereits viele Ansätze gibt, wie Städte Verantwortung für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenrechte übernehmen können. Entscheidend ist der Mut, neue Wege zu gehen und bestehende Partnerschaften mit klaren Werten und Zielen zu füllen. Die Diskussion in Dortmund könnte ein ermutigender Neubeginn dafür sein..

FÖRDERER

Gefördert durch



IMPRESSUM

Bonn, 2025-08

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank
IBAN:
DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AUTOR*INNEN:

Dr. Sabine Ferenschild,
Pablo Campos

REDAKTION UND LEKTORAT:

Dr. Sabine Ferenschild

V.I.S.D.P.:

Dr. Ulrike Dufner

Dokumentation:

China in NRW und die
Zukunft nachhaltiger
Lieferketten
2025-11



HABEN SIE FRAGEN?

NINA GIARAMITA

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (0)228 - 763698-14
giaramita@suedwind-institut.de

AUSBLICK

Die vier Veranstaltungen machten deutlich, wie komplex und vielschichtig die Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Lieferketten, Menschenrechten und internationaler Zusammenarbeit sind. Die Diskussionen unterstrichen die zentrale Bedeutung des Lieferkettengesetzes (LkSG) für den Dialog mit chinesischen Akteur*innen. Das Gesetz kann weiter eine wichtige Grundlage für den Austausch und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Lieferketten bilden. Die Strategie „Verbesserung vor Rückzug“, die auch bei chinesischen Zulieferern angewandt werden sollte, wurde als sinnvoll erachtet. Bedrückend ist, dass die Regulierungsansätze durch politische und wirtschaftliche Angriffe auf das LkSG und die CSDDD zunehmend verwässert werden. Besonders bedrohlich ist die Schließung des China Labour Bulletin (CLB) im Juni 2025, eine der wichtigsten Informationsquellen zur Arbeitsrealität in China. Mit ihrem Verschwinden geht eine wichtige Quelle für Menschenrechtsarbeit in China verloren, was die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Menschenrechtssituation in China verstärkt. Auch die Reaktion des BAFA auf die Schließung des CLB, nämlich das Einstellen der drei Beschwerdefälle, die das CLB beim BAFA eingereicht hat (s. LinkedIn-Post von Han Dongfang, ehemaliger Direktor von CLB, vom 25. Juli 2025), ist in dieser Hinsicht besorgniserregend. Deshalb bleibt es eine zentrale Herausforderung, sich weiterhin für ambitionierte gesetzliche Regelungen einzusetzen und gleichzeitig neue Kontakte zur chinesischen Zivilgesellschaft aufzubauen.

Die Diskussionen zeigten zudem, wie stark Chinas Einfluss in den Ländern des Globalen Südens ist. Ob in Südafrika, Brasilien oder Ghana – China wird sowohl als Motor für wirtschaftliche Entwicklung wahrgenommen als auch als Akteur, der mit autoritären Strukturen, ökologischen Risiken und der Schwächung demokratischer Prozesse in Verbindung gebracht wird. Dabei wurde deutlich, dass es nicht nur um ökonomische Interessen geht, sondern um eine strategische Neuordnung globaler Machtverhältnisse, in der China eine zentrale Rolle spielt.

Für die deutsche und europäische Politik ergibt sich daraus die dringende Notwendigkeit, die eigenen Instrumente

– wie das Lieferkettengesetz – konsequent weiterzuentwickeln und global kohärent umzusetzen. Künftige Diskussionen sollten sich verstärkt mit der Rolle der BRICS-Staaten im Kontext der globalen Transformationsprozesse beschäftigen. Dabei sind Fragen nach gerechten Handelsbeziehungen, der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der Wirksamkeit sozial-ökologischer Standards in einem zunehmend multipolaren Weltsystem zentral.

Ein vielversprechender Ansatz ist das China-Invest-Netzwerk der IG Metall, das Betriebsräte mit Wissen über China ausstattet. Es wäre sinnvoll, auf Ebene des DGB oder in Form eines Kompetenzzentrums weitere Unterstützung anzubieten, um Betriebsräte bei der Kommunikation, beim Verstehen der chinesischen Betriebskultur oder bei der Informationsbeschaffung zu unterstützen. Zudem könnten Betriebsräte und Gewerkschaften stärker in kommunale und regionale Partnerschaften mit China eingebunden werden. Beispielsweise könnten bei Reisen in Partnerstädte neben Unternehmensvertreter*innen auch Betriebsrät*innen eingeladen werden, um den Austausch zu vertiefen.

Städtepartnerschaften können als ein Weg genutzt werden, den Kontakt zu chinesischen Partner*innen auch in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten. Doch gilt es, diese neu zu denken und Nachhaltigkeitsthemen besser zu integrieren. Gerade in Zeiten globaler Spannungen können solche Beziehungen dazu beitragen, den Dialog aufrechtzuerhalten, Vertrauen zu stärken und konkrete Veränderungen anzustoßen.

SÜDWIND wird die vielfältigen Herausforderungen und Chancen, die sich aus den China-bezogenen Herausforderungen zu globalen Lieferketten, Menschenrechtsfragen und internationalen Partnerschaften ergeben, weiterhin aktiv begleiten. Die Diskussionen bei den Veranstaltungen haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, den Dialog auf Augenhöhe zu fördern, gesetzliche Rahmenbedingungen konsequent weiterzuentwickeln und zivilgesellschaftliche Akteur*innen weltweit zu stärken. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung – auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene – können wir dazu beitragen, gerechtere, nachhaltigere und menschenrechtsorientierte globale Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu schaffen.



Eine Auswahl unserer Social-Media-Beiträge

SÜDWIND-PUBLIKATIONEN
ZU „CHINA IN NRW“

STUDIE

Und was ist mit den Menschenrechten?
China und die Sorgfaltspflichten

Die Studie blickt auf die Entwicklungen in China in der letzten Dekade und rückt dabei die wachsende Bedeutung Chinas für globale Wertschöpfungsketten und die damit einhergehenden Risiken für arbeitsbezogene Menschenrechte in den Mittelpunkt.

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/publikationen/beitrag/china-und-die-sorgfaltspflichten>

FACTSHEETS

„Der Himmel ist hoch, der Kaiser weit“. Partnerschaften mit China und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten

Deutsche Kommunen und Bundesländer unterhalten partnerschaftliche Beziehungen zu chinesischen Kommunen und Provinzen. Diese Beziehungen sind vielfältig und umfassen politischen Austausch, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperationen oder zivilgesellschaftliche Beziehungen. Da wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und China häufig von politischen Beziehungen bzw. Partnerschaften begleitet werden, stellt sich die Frage, ob ein Dialog zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen zwischen deutschen und chinesischen Partner*innen innerhalb kommunaler und regionaler Partnerschaftsaktivitäten möglich ist.

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/publikationen/beitrag/partnerschaften-mit-china-und-menschenrechtliche-sorgfaltspflichten>

China als Wirtschaftlicher Schlüsselfaktor: Überblick zum Aussenhandel von Europa, Deutschland und NRW

Das Factsheet beleuchtet die wirtschaftlichen Verflechtungen mit China – und zeigt, wie unterschiedlich EU, Deutschland und NRW betroffen sind.

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/publikationen/beitrag/china-als-wirtschaftlicher-schlusselfaktor-ueberblick-zum-aussenhandel-von-europa-deutschland-und-nrw>

BLOGBEITRÄGE

Zahlreiche SÜDWIND-Blogbeiträge befassen sich mit China. Nachzulesen sind sie unter diesem Link:

<https://suedwind-institut.blogspot.com/search/label/China>

PODCASTS

Und was ist mit den Menschenrechten?
China und die Sorgfaltspflichten

In China hat sich in der Ära Xi Jinpings vieles verändert. Das Land wird aus europäischer Perspektive zunehmend als Rivale und Hotspot von Menschenrechtsverletzungen wahrgenommen. Zeitgleich sind in Europa die Debatten um nachhaltige Lieferketten und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen wichtiger geworden. Wie passen diese Entwicklungen zusammen? Und wie können menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen, deren Lieferketten in China beginnen, wahrgenommen werden?

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/podcast-audio/beitrag/folge-15-und-was-ist-mit-den-menschenrechten-china-und-die-sorgfaltspflichten>

Made in China.
Von Textilien und Zwangsarbeit

China ist immer noch der wichtigste Exporteur von Textilien und Bekleidung. Dieser Sektor wird von den US-Zöllen hart getroffen. Aber der Sektor steht auch vor großen arbeitsrechtlichen Herausforderungen: Keine existenzsichernden Löhne, fehlende Vereinigungsfreiheit und das Risiko von Zwangsarbeit sind nur die gravierendsten Risiken. Für Unternehmen, die in China source, sind deshalb Transparenz in der eigenen Lieferkette, aber auch klare Richtlinien, wo und bei wem beschafft werden kann, notwendig.

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/podcast-audio/beitrag/folge-16>

Kommunale Partnerschaften mit China: Subnationale Diplomatie statt weltpolitischem Misstrauen?

Was bringen Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und chinesischen Städten in Zeiten politischer Spannungen? Wie unabhängig sind sie wirklich – und welche Themen bleiben außen vor? Ein Gespräch über kommunale Außenpolitik, Einflussstrukturen und menschenrechtliche Verantwortung.

<https://www.suedwind-institut.de/informieren/podcast-audio/beitrag/folge-19-kommunale-partnerschaften-china>

ABSTRACT

2024 und 2025 führte SÜDWIND im Kontext eines Projektes zu den NRW-Beziehungen zu China mehrere Veranstaltungen durch. Die hier nun vorliegende Dokumentation fasst zentrale Inhalte und Diskussionen dieser Veranstaltungen zusammen.

Wir haben in einem ersten großen Dialogforum im September 2024 in Bonn einen allgemeinen Blick auf China sowie aktuelle Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geworfen.

Darüber hinaus war es uns aber auch wichtig, China in seiner Rolle für den Globalen Süden zu betrachten. Als Mitglied der BRICS-Staaten ist China ein zentraler Akteur dieser nicht-westlichen Allianz, die von sich reklamiert, für den Globalen Süden zu sprechen. Wie dies aus der Perspektive der Partnerschaften aussieht, die in Nordrhein-Westfalen mit Brasilien, Ghana und Südafrika bestehen, haben wir in einer Diskussionsrunde im Frühjahr 2025 in Düsseldorf erörtert. Auch die Perspektive von Betriebsräten, deren Betriebe von chinesischen Investoren übernommen wurden, sowie die von Partnerschaften deutscher Kommunen mit chinesischen Kommunen spielten in je einer Veranstaltung in Wächtersbach (Mai 2025) und Dortmund (Juni 2025) eine Rolle.

Im Verlauf der vier Veranstaltungen wurde deutlich, wie komplex und vielschichtig die Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Lieferketten, Menschenrechten und internationaler Zusammenarbeit sind. Die Diskussionen unterstrichen die zentrale Bedeutung des Lieferkettengesetzes (LkSG) für den Dialog mit chinesischen Akteur*innen. Das Gesetz kann weiter eine wichtige Grundlage für den Austausch und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Lieferketten bilden. Die Diskussionen bei den Veranstaltungen haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, den Dialog auf Augenhöhe zu fördern, gesetzliche Rahmenbedingungen konsequent weiterzuentwickeln und zivilgesellschaftliche Akteur*innen weltweit zu stärken.